



Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

25-1 | 2006
Fakten und Statistiken 2006

5. Aussenwirtschaftspolitik

Gérard Perroulaz



Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/141>
ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 avril 2006
Number of pages: 63-80
ISBN: 2-88247-062-2
ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Gérard Perroulaz, « 5. Aussenwirtschaftspolitik », *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 25-1 | 2006, Online erschienen am: 15 April 2010, abgerufen am 04 Mai 2019. URL : <http://journals.openedition.org/sjep/141>

5. Aussenwirtschaftspolitik*

IM BERICHT zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 und 2005 wurde die Strategie des Bundesrates im ausserwirtschaftlichen Bereich mit drei wichtigen, miteinander verbundenen Dimensionen vorgestellt: Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk, Binnenmarktpolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Die Eidgenossenschaft misst dem Abschluss bilateraler Abkommen mit den hauptsächlichen Handelspartnern der Schweiz grosse Bedeutung bei. Sie will auf diese Weise ihr Netz an Investitionsschutz- und -förderungskommen, Doppelbesteuerungs- und Freihandelsabkommen ausbauen und wird bei ihrem Vorgehen von den Wirtschaftskreisen unterstützt.

Im Berichtsjahr hat das Parlament die Botschaft über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 und 2007 angenommen. Durch die Verabschiedung des neuen Bundesgesetzes über die Schweizerische Exportrisikoversicherung – nach ausführlichen Debatten in den Eidgenössischen Räten – kann die bisherige Exportrisikogarantie in eine eigenständige Anstalt und zu einem autonomen Instrument umgewandelt werden.

Die Aussenwirtschaftspolitik umfasst auch Massnahmen zur Kontrolle bestimmter Exporte. Die Waffenexporte machen zwar nur einen geringen Anteil der schweizerischen Ausfuhren aus, jedoch bleibt dieser Bereich ein kontroverser Punkt der Aussenpolitik der Schweiz. Bundesrat Joseph Deiss setzte eine interdepartementale Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Bewilligungsverfahren für Kriegsmaterialexporte ein. Die Ausfuhr von Dual-Use-Gütern (für zivile oder militärische Verwendungszwecke) ist viel bedeutender; sie ist ebenfalls der Kontrolle und Genehmigung unterworfen. Im Jahr 2005 hat die Schweiz im Rahmen der Umsetzung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats wirtschaftliche Embargomassnahmen gegenüber der Elfenbeinküste, dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo ergriffen.

5.1. Hauptausrichtungen der Aussenwirtschaftspolitik

Die Aussenwirtschaftspolitik umfasst Massnahmen des Bundes, die darauf abzielen, die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland zu fördern und die Interessen der schweizerischen Exporteure und Investoren in der Welt zu schützen. Im vorliegenden Jahrbuch konzentrieren wir uns auf die Instrumente der Aussenwirtschaftspolitik, welche die Beziehungen der Schweiz mit den Entwicklungsländern betreffen, ohne im Einzelnen auf die Beziehungen mit der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten oder Japan einzugehen.

5.1.1. Strategische Ausrichtung der Aussenwirtschaftspolitik

Der Bundesrat unterbreitet den Eidgenössischen Räten jeweils zum Jahresbeginn seinen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik. Darin werden die aktuellen

* Von Gérard Perroulaz, Forschungsbeauftragter am IUED.

Ereignisse des Jahres in den wichtigsten Bereichen der Aussenwirtschaftspolitik ausführlich behandelt. Der *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004* hatte die strategische Ausrichtung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik präsentiert, wobei er die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsaussenpolitik, Binnenmarktpolitik und Entwicklungspolitik herausstellte. Die Notwendigkeit einer Gesamtsicht war die zentrale These des Berichts. Man kann die Innen- und Aussenwirtschaftspolitik nicht unabhängig voneinander betrachten, da ihre Wechselbeziehungen zu stark sind¹.

Der Bundesrat untersuchte sodann die drei Dimensionen der Aussenwirtschaftspolitik:

1. Verbesserung des Marktzugangs im Ausland und Aufbau eines internationalen wirtschaftlichen Regelwerks;
2. Binnenmarktpolitik der Schweiz;
3. Beitrag der Schweiz zur wirtschaftlichen Entwicklung in Partnerländern.

Das Einleitungskapitel des *Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik 2005* führt diese Betrachtungen weiter aus und konzentriert sich auf eine Beschreibung der Umsetzung der strategischen Ausrichtung der Aussenwirtschaftspolitik, die im Bericht des Vorjahres vorgestellt worden war².

Fünf konkrete Ziele werden in der ersten Dimension, „Marktzugang im Ausland und internationales Regelwerk“, festgesetzt:

1. Aktiv an der Stärkung der internationalen Wirtschaftsordnung, beispielsweise durch die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) über Handels erleichterungen, teilnehmen;
2. Den Marktzugang im Ausland zu bedeutenden Märkten, insbesondere dank der Bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union (EU) und des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (EU), verbessern. Für die Schweiz als Exportland ist ein möglichst weitreichender Exportmarkt im Ausland von grosser Bedeutung.
3. Den Marktzugang im Ausland für alle wirtschaftlichen Kategorien (Waren, aber auch Dienstleistungen und Investitionen), namentlich durch Freihandelsabkommen erreichen.
4. Den Marktzugang im Ausland für alle Unternehmensgrössen, somit auch für die KMU, verbessern. Hieraus ergibt sich die Wichtigkeit der Beratung der KMU und der Instrumente zur Export- und Investitionsförderung.
5. Die bestehenden Abkommen umsetzen und ihre Anwendung, insbesondere durch die Streitbeilegungsverfahren sicherstellen.

Im Zusammenhang mit der zweiten Dimension, „Binnenmarktpolitik“, erwähnt der Bericht 2005 die Revision des Binnenmarktgesetzes sowie die Agrarpolitik 2011. Bezüglich der dritten Dimension, „Beitrag der Schweiz zur wirtschaft-

¹ *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 sowie Botschaften zu Wirtschaftsvereinbarungen*, vom 12. Januar 2005 (BBL 2005 1089).

² *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005 sowie Botschaft zu Wirtschaftsvereinbarungen und zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Berichterstattung auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik*, vom 11. Januar 2006 (BBl 2006 1665). Der Bericht ist unter www.seco.admin.ch/imperia/md/content/news/medienmitteilungen/awb_2005_d.pdf erhältlich.

lichen Entwicklung in Partnerländern“, führt der Bericht den Kohäsionsfonds für die erweiterte Europäische Union und die Risikokapitalfonds für KMU in Entwicklungsländern auf.

□ *Einige Reaktionen zur Ausrichtung der Wirtschaftspolitik*

Der Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 hatte bei seinem Erscheinen heftige Reaktionen ausgelöst, was ungewöhnlich ist. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates hatte vom Bericht 2004, nach einer Prüfung des Teils über die strategische Orientierung, Kenntnis genommen. Wenn dieser Teil mit den aufgeführten Zielen auch eine sehr gute Aufnahme fand, so wurden indes zu verschiedenen Punkten kritische Anmerkungen geäussert. Einige Kommissionsmitglieder bedauerten das Fehlen einer vertieften Analyse bestimmter Fragen: Implikationen der Globalisierung, nachhaltige Nutzung der Ressourcen, Kohärenz zwischen Aussenwirtschaftspolitik und anderen Bereichen der Aussenpolitik³. Der Nationalrat nahm den Bericht – nach rund zwanzig parlamentarischen Interventionen und Ablehnung von zwei Anträgen auf Rückweisung an den Bundesrat – am 9. März 2005 zur Kenntnis⁴.

Unter den Reaktionen von Nichtregierungsorganisationen nach der Veröffentlichung des Berichts beurteilte die Gewerkschaft Travail Suisse die vom Bundesrat festgelegte neue Strategie als „zu sehr auf die Interessen der Exportwirtschaft ausgerichtet“⁵. Die Erklärung von Bern forderte ihrerseits die „Rückweisung und Überarbeitung“ der neuen Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrats. Die Organisation kritisierte das als Richtschnur dienende Prinzip, den Marktzugang für Schweizer Unternehmen im Ausland weiter zu verbessern, ohne die möglichen Auswirkungen dieser Politik auf die Länder des Südens mit einzubeziehen⁶. Ferner wird das Postulat kritisiert, dass die Einbindung der ärmeren Länder in die Weltwirtschaft das geeignete Mittel sei, um Armut zu vermindern. Die wirtschaftlich erfolgreichsten Entwicklungsländer seien oft jene, die einen Mix zwischen Marktöffnung und Schutz einzelner Sektoren angewandt haben.

□ *Im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005 zusammengefasste hauptsächliche Tätigkeiten*

In seiner Übersicht über die wichtigen Aussenwirtschaftstätigkeiten im Jahr 2005 befasst sich Bericht insbesondere mit folgenden Aspekten: Ratifizierung der „Bilateralen II“ mit der Europäischen Union; Annahme des Protokolls zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit (Ausdehnung auf zehn neue EU-Staaten) durch das Schweizer Volk am 25. September 2005; Kohäsionsfonds von einer Milliarde Franken im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung auf


³ Aussenpolitische Kommission des Nationalrates, „Die APK-N nimmt eine kritische Wertung der strategischen Orientierung der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik vor“, Medienmitteilung, 22. Februar 2005.

⁴ Bundesversammlung, „Aussenwirtschaftspolitik. Bericht 2004“, *Amtliches Bulletin*, Nationalrat, Frühjahrssession 2005, achte Sitzung, 05.009, 9. März 2005, <www.parlament.ch>.

⁵ Travail Suisse, „Neue Strategie für die Schweizer Aussenwirtschaftspolitik: Zu sehr auf die Interessen der Exportwirtschaft ausgerichtet“, Pressedienst Travail.Suisse, Nr. 1, 24. Januar 2005 – Aussenpolitik.

⁶ Erklärung von Bern, „Neue Aussenwirtschaftsstrategie des Bundesrats: Die Erklärung von Bern fordert die Rückweisung und Überarbeitung“, Pressemitteilung, 7. März 2005

zehn neue Mitgliedsstaaten. Ferner räumt der Bericht der Untersuchung der laufenden WTO-Verhandlungen sowie den bilateralen Freihandelsverträgen (Europäische Freihandelsassoziation, EFTA) breiten Raum ein.

 **Jahrbuch 2006**, Nr. 1, Kap. 1, 1.2. Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union – Bilaterale II, Abkommen über die Personenfreizügigkeit.

5.2. Bilaterale Wirtschaftsabkommen

Der Bundesrat misst den multilateralen Diskussionen, namentlich den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO), grosse Bedeutung bei. Gleichzeitig hat er aber auch ein bedeutendes Netz an bilateralen Abkommen ausgebaut⁷. Die bilateralen Abkommen der Schweiz mit Partnerländern umfassen vor allem Investitionsförderungs- und -schutzabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen, Kooperationsabkommen sowie im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ausgehandelte Freihandelsabkommen. Die Schweizer Wirtschaftskreise sind an diesen bilateralen Verträgen stark interessiert und drängen den Bundesrat zum Abschluss solcher Abkommen mit allen wichtigsten Handelspartnern der Schweiz, vor allem mit den USA. Der Wirtschaftsverband *economiesuisse* bezog ebenfalls Stellung, namentlich vor der WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2005, indem er den Bundesrat aufforderte, besser für die Interessen der Schweizer Exporteure bei der Welthandelsorganisation einzutreten und beim Agrardossier nicht nur auf einer defensiven Position zu verharren⁸.

5.2.1. Investitionsschutzabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen

Bei *Investitionsschutz- und -förderungsabkommen* muss jeder beteiligte Staat den freien Transfer von Kapital und Investitionserträgen (Zinsen, Dividenden, Kapitalrückführungen und zusätzliche Kapitaleinlagen) garantieren. Durch *Doppelbesteuerungsabkommen* wird verhindert, dass Einkommen in beiden betroffenen Ländern und somit doppelt besteuert werden (Besteuerung von natürlichen Personen und Unternehmen). Die Abkommen werden ausgehandelt, danach von beiden Ländern paraphiert (abgefasst) und unterzeichnet und müssen schliesslich von den Ländern ratifiziert werden. Der Bundesrat hat die Befugnis, ein Investitionsschutzabkommen zu ratifizieren, wogegen ein Doppelbesteuerungsabkommen vom Parlament gutgeheissen werden muss. Tabelle 9 gibt Aufschluss über die in jüngster Zeit abgeschlossenen oder in Kraft getretenen bilateralen Abkommen der Schweiz.

⁷ Die vollständige Liste der von der Schweiz abgeschlossenen bilateralen Abkommen ist auf der Website des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unter: <www.eda.admin.ch/intagr/f/foreign/index_c.html> einzusehen.

⁸ Siehe Website von *economiesuisse*: <www.economiesuisse.ch> >Politikfelder >Aussenwirtschaft.

Tabelle 9: Unterzeichnete bzw. in Kraft getretene bilaterale Wirtschaftsabkommen, 2004-2005

Land/Region	Art des Abkommens	Datum
Europa		
Bosnien-Herzegowina	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	In-Kraft-Treten am 21. Mai 2005
Serbien und Montenegro	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 7. Dezember 2005
Serbien und Montenegro	Doppelbesteuerungsabkommen	Unterzeichnung am 21. Mai 2005
Afrika		
Lesotho	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 16. Juni 2004
Tansania	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 8. April 2004
Mittlerer Osten/ Arabische Länder		
Algerien	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 30. November 2004, In-Kraft-Treten am 15. August 2005
Algerien	Doppelbesteuerungsabkommen	Paraphierung am 4. August 2005
Saudi-Arabien	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Paraphierung Ende März 2005, vorgesehene Unterzeichnung 2006
Oman	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 17. August 2004, In-Kraft-Treten am 18. Januar 2005
Lateinamerika		
Dominikanische Republik	Investitionsschutz- und -förderungsabkommen	Unterzeichnung am 27. Januar 2004

Quelle: Anhand der Informationen des Stattssekretariats für Wirtschaft (seco) erstellte Tabelle.

Anmerkung: Die Liste der Doppelbesteuerungsabkommen ist auf der Website der Bundesverwaltung unter: <www.admin.ch/ch/f/rs/0.67.html> einzusehen.

Die Liste der Investitionsschutz- und -förderungsabkommen ist auf der Website des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unter: <www.eda.admin.ch/intagr/f/foreign/t_975.html> einzusehen.

5.2.2. Freihandelsabkommen

Das Netz bilateraler Handelsabkommen hat sich in den letzten Jahren parallel zu den multilateralen Handelsverhandlungen der WTO entwickelt. Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und Japan haben bilaterale Abkommen oder regionale Freihandelsabkommen abgeschlossen. Die Schweiz misst dem Abschluss von Freihandelsabkommen mit ihren wichtigsten Handelspartnern grosse Bedeutung bei. Es ist wichtig für sie, zu vermeiden, dass Schweizer Exporteure gegenüber Konkurrenzunternehmen der Europäischen Union oder der USA benachteiligt werden. Für den Bundesrat sind diese Abkommen ein unverzichtbares Instrument zur Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Zudem verstärkt die bei den WTO-Verhandlungen weiterhin bestehende Ungewissheit die Tendenz zum Abschluss bilateraler Freihandelsabkommen.

In seinen Ausführungen über die strategische Ausrichtung der Aussenwirtschaftspolitik führt der Bundesrat vier Kriterien zur Beurteilung potenzieller Verhandlungspartner auf:

- „1. die gegenwärtige und potenzielle Bedeutung des Partnerlandes (für die Schweiz);
2. das Ausmass der aktuellen oder drohenden Diskriminierung auf dem Markt des Partnerlandes gegenüber Konkurrenten aus Drittstaaten, falls die Schweiz kein Abkommen schliesst;

3. die Verhandlungsbereitschaft des Partners ;
4. die politische Opportunität von Verhandlungen“⁹.

Nachdem die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) und ein Partnerland ihr Interesse für ein Abkommen bekundet haben und die ersten Sondierungsgespräche geführt wurden, unterzeichnen sie eine „Kooperationserklärung“. Auf dieser Grundlage wird das Abkommen anschliessend vorbereitet, ausgehandelt und von der EFTA unterzeichnet. Danach muss jedes Mitgliedsland der EFTA (Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz) das Freihandelsabkommen mit dem betreffenden Land (insbesondere mit Sonderabkommen im Agrarbereich) ratifizieren¹⁰.

Die EFTA hat ein Netz von Freihandelsabkommen mit drei Gruppen von Ländern entwickelt :

1. Mittel- und osteuropäische Staaten ;
2. Mittelmeerstaaten :
3. Überseestaaten und Gruppen von Überseestaaten.

In der ersten Ländergruppe (Mittel- und Osteuropa) sind Abkommen mit Bulgarien, Kroatien, Mazedonien und Rumänien in Kraft. Ein weiteres Abkommen wurde von der Schweiz am 7. Dezember 2005 mit Serbien-Montenegro unterzeichnet. Mit Albanien und der Ukraine laufen Verhandlungen.

In der zweiten Ländergruppe (Mittelmeerstaaten) bestehen Abkommen mit folgenden Ländern oder Gebieten: Israel, Jordanien, Libanon (neues Abkommen)¹¹, Marokko, Palästinenserbehörde, Tunesien (am 1. Juni 2005 in Kraft getreten) und Türkei. Mit Ägypten sind Verhandlungen im Gang und mit Algerien werden 2006 Verhandlungen aufgenommen. Mit Syrien wurden Konsultationen eingeleitet.

In der Kategorie der Überseestaaten gibt es die meisten Abkommen, die im Verhandlungsstadium sind oder in den letzten Jahren abgeschlossen wurden. Tabelle 10 führt die Liste der in Kraft stehenden oder in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen mit dieser Ländergruppe auf. Ausser der Liste der oben bzw. in der Tabelle aufgeführten Länder, und ohne die Beteiligung der übrigen EFTA-Staaten hat die Schweiz auch die ersten Gespräche mit den USA und Japan für bilaterale Freihandelsabkommen aufgenommen.

Am 23. März 2005 nahm der Bundesrat den Bericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD) und des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) über die territoriale Anwendung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Israel zur Kenntnis. Waren aus Israel, die aber aus den völkerrechtlich nicht anerkannten besetzten Gebieten stammen, haben unberechtigter-

⁹ Bundesrat, *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005*, op. cit., S. 25.

¹⁰ Quelle für die Freihandelsabkommen ist die Website des seco unter: <www.seco-admin.ch> >Aussenwirtschaftspolitik >EFTA >Freihandelsabkommen. Siehe auch: Bundesrat, *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005*, op. cit., (Punkt 2.2. EFTA, S. 39-42, und Punkt 6. Bilaterale Beziehungen, S. 80-87).

¹¹ Das Abkommen mit dem Libanon wurde am 24. Juni 2004 unterzeichnet. Die Botschaft wurde vom Parlament an der Frühjahrssession vom März 2005 angenommen (*Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Libanon*, vom 12. Januar 2005 (BB1 2005 1235). Das Abkommen tritt in Kraft, sobald es vom Libanon ratifiziert worden ist.

weise von Zollpräferenzen im Rahmen des Freihandelsabkommens mit Israel profitiert. Die territoriale Anwendung wurde in einer im Juni 2005 abgeschlossenen neuen Regelung, welche die für den Ursprung der Waren zu erbringenden dokumentarischen Nachweise präzisiert, erneut bekräftigt. Die Ursprungsnachweise müssen somit künftig die Ursprungsortschaft und den Ort der Industriezone angeben, und die Waren müssen aus dem Gebiet innerhalb der völkerrechtlich anerkannten Grenzen Israels stammen, um Anspruch auf präferenzielle Zollbehandlung zu haben.

**Tabelle 10: Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und den Überseestaaten
(Stand: Januar 2006)**

In Kraft stehende Abkommen (Datum des In-Kraft-Tretens)	In Vorbereitung befindliche Abkommen
Chile (1. Dezember 2004)	SACU (Südafrikanische Zollunion: Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika und Swasiland): Verhandlungen abgeschlossen, Unterschrift im ersten Halbjahr 2006 vorgesehen
Mexiko (1. Juli 2001)	Kanada: in Verhandlung
Singapur (1. Januar 2003)	Golfkooperationsrat (Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate): Kooperationserklärung (23. Mai 2000), Beginn der Verhandlungen 2006
	Kolumbien: in der Diskussion
	Südkorea: von der Schweiz am 15. Dezember 2005 unterzeichnet ^a
	Indonesien: Gemeinsame Studiengruppe seit November 2005 zur Vorbereitung künftiger Freihandelsverhandlungen
	Mercosur Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay): Kooperationserklärung (12. Dezember 2000)
	Thailand: seit Herbst 2005 in Verhandlung

Quelle: Website des seco: <www.seco-admin.ch>.

^a Siehe zu diesem Abkommen: Bundesrat, *Botschaft zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Korea* (BBl 2006 923).

❑ *Freihandelsabkommen, Schutz des geistigen Eigentums und Arzneimittelzugang*

Die Freihandelsabkommen haben eine sehr grosse Tragweite, da sie sich nicht auf die Liberalisierung des Handels mit Waren und Dienstleistungen beschränken, sondern auch den Marktzugang für Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und die Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums regeln.

Die entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen werfen der Eidgenossenschaft vor, bilaterale Abkommen abzuschliessen, die vor allem den Schweizer Exporteuren zugute kommen, und Partner des Südens zu zwingen, Regeln zum Schutz des geistigen Eigentums anzunehmen, die über die WTO-Regeln im Rahmen des Abkommens über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) hinausgehen. Dies beschränke den Zugang zu Generika in den Entwicklungsländern. Gemäss der Erklärung von Bern¹² laufen die auferlegten Regeln Gefahr, besonders die Region Südafrikas (SACU) sowie Chile, die Mercosur-Staaten und Thailand zu benachteiligen.

So hat der Libanon beispielsweise in dem am 24. Juni 2004 unterzeichneten

¹² Siehe Website der Erklärung von Bern: <www.evb.ch> >Schweizer Politik >Bilaterale Freihandelsabkommen, insbesondere das Dossier: „Starker Patentschutz erschwert Produktion günstiger Medikamente – Deprive Doha of all substance“, 1. August 2004.

Freihandelsabkommen mit der EFTA akzeptiert, bis März 2008 die den Regeln des TRIPS-Abkommens entsprechenden Patentschutzbestimmungen einzuhalten, obwohl das Land noch nicht Mitglied der WTO ist. Einige Freihandelsabkommen verlangen vom Partnerland eine Verlängerung der Patentedauer über zwanzig Jahre hinaus (Schutz bis zu fünf zusätzlichen Jahren in den Abkommen mit Mazedonien, Kroatien und Singapur, mögliche Ausdehnung mit Chile). Einige Abkommen verschärfen die Bedingungen für Zwangslizenzen, indem sie vorschreiben, dass die Zwangslizenzen auf die Befriedigung des nationalen Marktes und gemäss angemessenen kommerziellen Bedingungen beschränkt werden (Abkommen mit Marokko, Mazedonien, Kroatien und Jordanien).

In einem Schreiben an die Handels- und Aussenminister der EFTA-Staaten vom Januar 2006 fordern fünfzig Nichtregierungsorganisationen¹³ die Minister auf, darauf zu verzichten, in das in Verhandlung stehende Freihandelsabkommen mit Thailand Bestimmungen aufzunehmen, welche den Zugang zu billigen Medikamenten durch eine zu starke Verschärfung der Regeln zum Geistigen Eigentum sowie den Zugang zu Krediten durch eine zu grosse Liberalisierung der Finanzmärkte beschränken würden. Gemäss diesen Organisationen würden die Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums die Herstellung und den Zugang zu billigen Generika, namentlich zu antiretroviralen Medikamenten komplizieren, in einem Land wie Thailand, in dem 700.000 Menschen mit dem AIDS-Virus leben¹⁴. Die NRO fordern auch zum Verzicht auf Regeln auf, welche die Bauernrechte beschränken würden (im Rahmen des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) eingeforderter Schutz).

Die Länder Südafrikas (SACU) haben sich geweigert, die von den EFTA-Staaten geforderten Klauseln aufzunehmen, welche den Zugang zu Generika, insbesondere für die AIDS-Behandlung, erschwert hätten. Das Abkommen mit der Südafrikanischen Zollunion (SACU) bestätigt schliesslich nur die Verpflichtungen im Rahmen der WTO, ohne darüber hinauszugehen. Der Bundesrat beabsichtigt jedoch, die Verhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

5.3. Exportförderung

Das Parlament verabschiedete im Herbst 2005 die *Botschaft des Bundesrates über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 und 2007* mit einem Betrag von 34 Millionen Franken, der zur Finanzierung der Osec (*Osec Business Network Switzerland*) im gleichen Zeitraum bestimmt ist¹⁵. Vorschläge der Schweizerischen Volkspartei (SVP) auf Nichteintreten oder Beschränkung der Unterstützung auf ein Jahr wurden von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Im September 2003 hatte das Parlament die Finanzierung der Osec für lediglich zwei Jahre, statt der vorgesehenen vier Jahre akzeptiert und den Bundesrat beauftragt, die gesamte Exportförderung einer Evaluation zu unterziehen. Mit der Vorlage der Botschaft an die Räte hatte der Bundesrat Anfang des

¹³ Es handelt sich vor allem um Schweizer NRO, aber auch um nichtstaatliche Organisationen aus anderen EFTA-Ländern und um elf thailändische NRO.

¹⁴ Erklärung von Bern, „Freihandelsverträge der EFTA – Negative Konsequenzen für Thailand“, Medienmitteilung, 19. Januar 2006.

¹⁵ Bundesrat, *Botschaft über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 und 2007*, vom 23. Februar 2005 (BB1 2005 2381).

Jahres 2005 den Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) zur Kenntnis genommen, die mit der Evaluation der Exportförderung beauftragt worden war¹⁶. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hatte in ihrem Bericht fünf Empfehlungen formuliert, welche die Exportförderung effizienter machen sollen:

1. Verringerung der Anzahl öffentlicher oder stark subventionierter Akteure;
2. Vereinfachung der Befehlsstrukturen und Erhöhung der Kostentransparenz;
3. Zusammenlegung gewisser Dienstleistungen, insbesondere des Dienstleistungsangebots der Osec und der Swiss Organisation for Facilitating Investments (SOFI);
4. Klare Definition des Subsidiaritätsprinzips. Der Bundesrat wünscht eine Begrenzung des Aktionsfelds der Osec auf Tätigkeiten, die nicht in Konkurrenz zu den Institutionen und Unternehmen des Privatsektors stehen;
5. Verbesserung der Aufsicht durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco).

Es gibt viele Instrumente, die eine Förderung der schweizerischen Exporte und der Direktinvestitionen im Ausland zum Ziel haben. Diese Instrumente werden hauptsächlich von den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) genutzt. Derzeit sind Bemühungen im Gang, um die Information der Unternehmen besser zu koordinieren und vor allem zu vermeiden, dass ein Unternehmen sich an mehrere Informationsstellen wenden muss. Bereits 2004 hatten die Osec, das *Swiss Import Promotion Program* (SIPPO), die SOFI und die Exportrisikogarantie (ERG) einen vernetzten Informationsdienst, das *Service Center Business Network Switzerland*, geschaffen.

Gemäss dem *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005* beabsichtigt der Bundesrat, die Information für die KMU noch stärker zu rationalisieren¹⁷. Der Bundesrat prüft die Möglichkeit, gewisse Instrumente des Aussenhandels (Osec, SOFI und SIPPO) unter einem gemeinsamen Dach zusammenzufassen und dann zu versuchen, die Exportförderungstätigkeiten der anderen Bundesämter besser abzustimmen¹⁸.

5.4. Exportrisikogarantie (ERG)

5.4.1. Die ERG in Zahlen

Die Exportrisikogarantie ist ein Instrument, das es den schweizerischen Exporteuren erlaubt, sich vor den Risiken der Nichtzahlung bei Lieferungen von Gütern ins Ausland zu schützen.

Tabelle 11 zeigt die geografische Aufteilung der Neugarantien und des Gesamt-

¹⁶ *Zusatzbericht zur Botschaft über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 und 2007. Evaluation der Exportförderung. Strategiealternativen zur Weiterentwicklung der Exportförderung*, vom 23. Februar 2005 (BB1 2005 2403).

¹⁷ Bundesrat, *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005*, op. cit., S. 18-19.

¹⁸ Zu den oben aufgeführten Akteuren lassen sich noch folgende weitere Mittel zur Förderung der schweizerischen Exporte oder der Direktinvestitionen im Ausland erwähnen: Vertretungen der Schweiz im Ausland (EDA), kantonale und bilaterale Handelskammern, Investitionsrisikogarantie (IRG), andere Investitionsförderungsinstrumente des seco (im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit) und das Absatzförderungsinstrumentarium des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) sowie die Innovationsförderungsinstrumente des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), des Bundesamtes für Energie (BFE) und der Kommission für Technologie und Innovation (KTI).

engagements der ERG. Die Aufteilung der Neugarantien nach Kontinenten hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich geändert. Die Garantienachfrage des afrikanischen Kontinents und weltweit der Gruppe der ärmeren Länder ist gering. Der ERG-Geschäftsbericht anerkennt, dass die Möglichkeiten zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder sehr begrenzt sind. Die ERG kann oftmals das Risiko eines Engagements in diesen Ländern nicht eingehen, welche für die Exportindustrie einen marginalen Markt darstellen. Diese Länder bleiben somit weiterhin von Entwicklungshilfegeldern abhängig.

83,6 Prozent des ERG-Gesamtengagements entfallen auf Maschinenexporte und 14,3 Prozent auf chemische Erzeugnisse. In der Maschinenindustrie entfällt die ERG vor allem auf den Bereich Stromerzeugung und -verteilung (67 % des Engagements) sowie auf den Textilbereich (7,7 %).

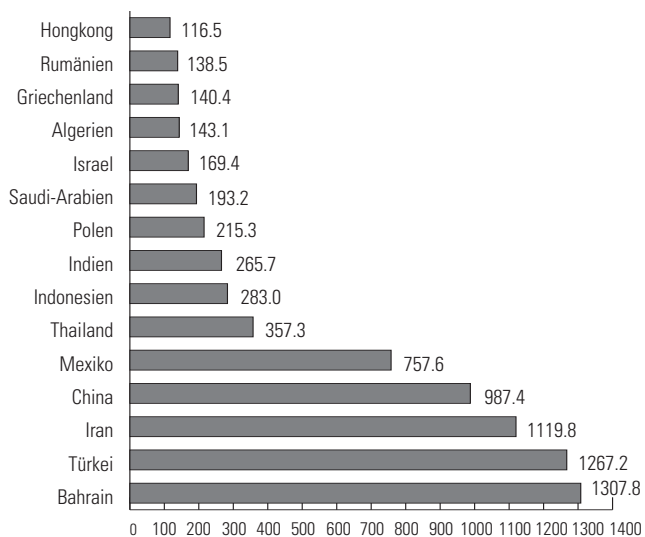
Tabelle 11: Geografische Aufteilung der Neugarantien und des Gesamtengagements der ERG im Jahr 2004 (in Millionen Franken und Prozent)

Ländergruppen	Neugarantien 2004		Gesamtengagement per 31.12.2004	
	Mio. Fr.	Anteil in %	Mio. Fr.	Anteil in %
Nach Kontinent				
Europa	535.3	22.9	1937.3	22.5
Afrika	93.4	4.0	416.2	4.8
Asien	1431.6	61.2	5166.9	60.0
Mittel- und Südamerika	277.3	11.9	1091.0	12.7
Insgesamt	2337.6	100.0	8611.4	100.0
Nach Länderkategorie				
OECD-Staaten	623.1	26.7	2472.8	28.7
Einkommensschwache Länder	265.1	11.3	755.4	8.8
Ärmere Entwicklungsländer	27.8	1.2	40.0	0.5
Übrige Länder	1421.6	60.8	5343.2	62.0

Quelle: ERG, Geschäftsbericht 2004, 2005, S. 31.

Die ersten Daten für das Jahr 2005 zeigen an, dass die Neugarantien mit 1,7 Milliarden Franken einen Gesamtbetrag erreicht haben, der gegenüber dem Vorjahr rückläufig ist. 40 Prozent der Neugarantien für 2005 entfallen auf die Türkei und Russland.

Die Grafik 2 führt die Länder mit den höchsten ERG-Deckungen auf. Bahrain, die Türkei, der Iran, China und Mexiko gehören seit vielen Jahren zu denjenigen Ländern, bei denen das ERG-Engagement am stärksten ist. Die Verpflichtungen der ERG gegenüber diesen fünf Ländern machen Ende 2004 63 Prozent der Gesamtverpflichtungen der Exportrisikogarantie aus. Das ERG-Gesamtengagement ist in den letzten Jahren in Bahrain, in der Türkei, im Iran und in Indien angestiegen. Aufgrund eines ERG-gedeckten grossen Kraftwerkprojekts hat Bahrain die Türkei an der Spitze jener Länder abgelöst, bei denen die Nachfrage nach Neugarantien im Jahr 2004 am höchsten war. Indonesien ist in der Einstufung der Länder mit dem höchsten ERG-Engagement allmählich zurückgefallen. (Das Land stand in den 90er Jahren und bis 1997 an der Spitze der Klassifikation). Die Exportrisikogarantie kommt in 150 Ländern zum Einsatz, jedoch machen die fünfzehn Hauptempfängerländer der ERG zusammen 87 Prozent des Gesamtengagements aus.



¹⁹ Bundesrat, *Botschaft zum Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung*, vom 24. September 2004, (BBl 2004 5795).

²⁰ Parlamentsdebatten zur ERG 2005 : Bundesversammlung, *Amtliches Bulletin*, Nationalrat 9. und 14. März, Ständerat 2. Juni, Nationalrat 29. September, Ständerat 14. Oktober, Nationalrat 30. November, Ständerat 7. Dezember, Einigungskonferenz 13. Dezember.

Grafik 2: Die fünfzehn wichtigsten ERG-gedeckten Länder Gesamtengagement per 31.12.2004 (in Millionen Franken)

Quelle: ERG, Geschäftsbericht 2004, 2005, S. 37-39.

5.4.2. Revision des ERG-Gesetzes

Die Eidgenössischen Räte haben im Jahr 2005 die Botschaft des Bundesrates geprüft, welche die Exportrisikogarantie in eine Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) umwandeln soll¹⁹. Die Debatten waren – von der Frühjahrssession bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes in der Dezembersession 2005, nach mehreren Bereinigungsverfahren zwischen beiden Räten und einer Einigungskonferenz – besonders lebhaft²⁰.

📖 **Jahrbuch 2005**, Nr. 1, Kapitel 5, 5.3.2. Revision des ERG-Gesetzes, S. 66-70.

Der Gesetzesentwurf umfasste folgende wesentliche Neuerungen:

- ❑ Erweiterung der Versicherungsdeckung auf die privaten Käuferrisiken;
- ❑ Umwandlung der ERG in eine unabhängige öffentlich-rechtliche Anstalt;
- ❑ Entscheide zur Gewährung einer Exportgarantie müssen die Grundsätze der Aussenpolitik (wie im *Aussenpolitischen Bericht 2000* festgelegt) berücksichtigen (Art. 6. des Gesetzesentwurfs). Zuvor musste die ERG bei Ausfuhren in die Gruppe der ärmeren Länder die entwicklungspolitischen Ziele berücksichtigen.
- ❑ Auch wenn die SERV eine unabhängige Instanz ist, „kann der Bundesrat der SERV auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements (EVD) Anweisungen über die Versicherung eines Exportgeschäfts von besonderer Tragweite erteilen“ (Art. 35 des Gesetzesentwurfs)²¹.

Die Wirtschaftskreise haben die Erweiterung der Exportrisikoversicherung auf die privaten Käufer weitgehend begrüsst. In seiner Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens drückte sich der Wirtschaftsverband *economiesuisse* sehr positiv zur Vorlage des Bundesrates aus²². Das Instrument der ERG habe seine Nützlichkeit erwiesen, da es die Diversifizierung der Absatzmärkte und die Universalität der Wirtschaftsbeziehungen fördere, indem es den Unternehmen ermöglicht, Produkte in relativ risikoreichere Märkte zu exportieren. Die Hauptlücke der ERG für die Wirtschaftskreise war, dass sie lediglich die Risiken für Verkäufe an öffentliche Käufer deckte bzw. an Abnehmer, die bei von der ERG zugelassenen Banken Bankgarantien erhielten. Zum einen reduzierten aber die Privatisierungen staatlicher Unternehmen die Möglichkeiten der Ausfuhr an öffentliche Käufer, zum anderen erlitten die Schweizer Unternehmen einen Wettbewerbsverlust, da die Exportrisikogarantieinstitutionen anderer Länder ihrerseits das private Käuferisiko deckten. *economiesuisse* stellt hingegen fest, dass die ERG nicht zu einem Instrument der Entwicklungspolitik werden dürfe. Auch widersetzt sich der Verband einer Verhärtung der Vergabekrite-

²¹ Bundesgesetz über die Schweizerische Exportrisikoversicherung (Exportrisikoversicherungsgesetz, SERV) vom 16. Dezember 2005, Gesetzesentwurf (BBl 2004 1349) und Gesetzestext (BBl 2005 7467).

²² Communiqué und Schreiben an den Bundesrat, 31. März 2004, <www.economiesuisse.ch>.

²³ Die Gewerkschaftskreise und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sind in der ERG-Kommission vertreten. Die Heranziehung der entwicklungspolitischen NRO bei Beschlüssen zur

rien oder einer Erschwerung der Prüfungsverfahren.

❑ *Unterstützung der Schweizer Exporte und Einhaltung der Grundsätze der Aussenpolitik*

Im Vernehmlassungsverfahren waren mehrere Punkte des Gesetzesentwurfs zur SERV von entwicklungspolitischen NRO, einigen Gewerkschaften, der Sozialistischen Partei (SP) und den Grünen kritisiert worden. Diese Organisationen hätten gewünscht, dass die Respektierung gewisser Grundsätze (Einhaltung von minimalen Arbeitsbedingungen, Umweltnormen und Menschenrechten, Verbot von Kriegsmateriallieferungen, Erklärung des Exporteurs, keine Bestechungsgelder zu zahlen) ausdrücklicher gefordert würde. Einige Parlamentarier haben erfolglos versucht, explizit ins Gesetz aufnehmen zu lassen, dass die SERV den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Menschenrechts-, Friedens- und Umweltpolitik entsprechen müsse. Im Schlusstext des Gesetzes legt Artikel 6 über die Grundsätze der Geschäftspolitik fest: „Die SERV berücksichtigt die Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik“.

❑ *Zusammensetzung des Verwaltungsrates*

Die Botschaft des Bundesrates sah vor, dass der Verwaltungsrat aus sieben bis neun Mitgliedern bestehen werde, welche aufgrund ihrer Fachkompetenzen ausgewählt würden. Die Sozialistische Partei, die Gewerkschaften und die nichtstaatlichen Organisationen wünschten darüber hinaus eine Vertretung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft, um rein technische und wirtschaftliche Beschlussfassungen zu vermeiden²³. In seiner Botschaft an die Eidgenössischen Räte war der Bundesrat diesen Anliegen entgegengekommen, indem er die Einsetzung eines Beratungsorgans (Beirat) vorschlug, das sich „aus Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Wirtschaft, der Sozialpartner und weiterer interessierter Kreise“ zusammensetzt (Artikel 27 des Gesetzesentwurfs). Die Kommission des Nationalrats hat jedoch auf der Frühjahrssession 2005 mit Erfolg die Streichung dieses Artikels vorgeschlagen. Nachdem dies als ein Rückschritt betrachtet wurde, versuchten die SP und die Grünen, die Sozialpartner in die Zusammensetzung des Verwaltungsrates aufzunehmen. Ihr Vorschlag, von den Verwaltungsratsmitgliedern nicht nur Fachkompetenzen, sondern auch entwicklungspolitische Kompetenzen zu verlangen, wurde nach ergebnislosen Debatten ebenfalls abgewiesen. In der Wintersession 2005 des Parlaments wurde schliesslich ein Kompromiss gefunden, und die endgültige Formulierung betreffend den Verwaltungsrat lautet: „Der Verwaltungsrat setzt sich aus 7-9 Mitgliedern zusammen. Die Sozialpartner sind angemessen zu berücksichtigen“ (Art. 24 des Gesetzes).

5.5. Exportkontrolle für Waffen und Dual-Use-Güter (zu zivilen und militärischen Zwecken)

Erteilung der ERG war eine alte Forderung der Nichtregierungsorganisationen. Letztere kritisieren seit Jahrzehnten die Vergabe der Exportrisikogarantie an gewisse, bezüglich Menschenrechte, Entwicklung und Umwelt umstrittene Grossprojekte.

²⁴ seco, „Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2004“, Medienmitteilung, 8. Februar 2005, verfügbar auf der Website de seco unter: <www.seco.admin.ch>, mit Links über die Exportstatistiken nach Ländern und Produktkategorien.

Das Gesetz über die Kriegsmaterialausfuhr unterstellt Waffenexporte der Bewilligung, und Ausfuhren in Konfliktstaaten sind untersagt. Formelle Beschlüsse über Waffenverkäufe werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) nach Absprache mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS) und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) getroffen. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Bundesrat.

5.5.1. Waffenausfuhren 2004 in Zahlen

Der Gesamtwert der Kriegsmaterialexporte belief sich 2004 auf 402,3 Millionen Franken²⁴. Achtzehn Ausfuhrgesuche im Wert von insgesamt 1,5 Millionen Franken wurden im gleichen Jahr abgelehnt (dabei handelte es sich um Hand- und Faustfeuerwaffen sowie Munition). Die Kriegsmaterialexporte machen nur einen ganz geringen Anteil – 0,27 Prozent – der gesamten Ausfuhren der Schweiz im Jahr 2004 aus. Dieser Anteil war von 1987 (0,86 % der Gesamtausfuhren) bis 1995 (0,15 %) regelmässig zurückgegangen, bevor er ab 1995 wieder anstieg.

Die Waffenausfuhren sind grossenteils für Industriestaaten bestimmt. Jedoch finden sich auch 13 Entwicklungsländer oder fortgeschrittene Entwicklungsländer unter den 30 Hauptabnehmerländern der Schweiz von Kriegsmaterial, wie Botschana auf dem zweiten Rang (60,8 Millionen Franken, Ausfuhr von gepanzerten Fahrzeugen), die Vereinigten Arabischen Emirate (23,1 Millionen Franken, achter Rang), Malaysia (13 Millionen Franken, zehnter Rang), Singapur (6,2 Millionen Franken), Jordanien (2,5 Millionen Franken), Saudi-Arabien (2,4 Millionen), Tunesien (1,2 Millionen), Bahrain (1,0 Million) und Ägypten (0,9 Million)²⁵. Die Schweiz exportiert vor allem Panzerfahrzeuge (42 % des Exportwerts für 2004), Munition (17,6 %) und Feuerleitgeräte (16,9 %).

5.5.2. Ausfuhr von überzähligem Material der Schweizer Armee

Die Debatte über die Widersprüche zwischen der humanitären Politik der Schweiz und den Waffenausfuhren ist seit den 60er Jahren in der Schweiz von Bedeutung, da sich die Nichtregierungsorganisationen und die Linksparteien der Waffenausfuhr in Konfliktgebiete widersetzen. Der Anteil der Waffenexporte der Schweiz am Weltmarkt der internationalen Waffenverkäufe ist jedoch im Vergleich zu den hohen Marktanteilen der grossen Exportländer weiterhin bedeutungslos.

In den letzten Jahren hat sich in der Schweiz eine neue Debatte betreffend den Verkauf überzähliger Bestände der Schweizer Armee an Drittländer nach der Umdimensionierung der Armee ergeben. Mehrere Projekte zum Verkauf von

²⁵ Betreffend die komplette Liste der Waffenexporte der Schweiz und der Kontrollpolitik, siehe Website des seco unter: <www.seco.admin.ch> >Aussenwirtschaftspolitik >Exportkontrollen >Kriegsmaterial.

²⁶ „Quarante chars suisses ont été livrés au Maroc: Deiss intervient“, *Le Courrier*, 1. September 2005.

²⁷ „La Suisse s'apprête à vendre des centaines de chars à l'Irak et au Pakistan“, *Le Temps*, 30. Juni 2005. „Chars suisses en Irak: l'affaire est annulée, pour le bonheur de Joseph Deiss“, *Le Temps*, 6. Oktober 2005.

Schweizer Militärmateriale lösten in der Berichtszeit Kontroversen aus, mit dem Widerstand von verschiedenen NRO, den Grünen und der SP gegen diese Verkäufe wegen der Inkohärenzen, welche durch die Förderung von Kriegsmaterialexporten in Konfliktgebiete entstehen, und in einigen Fällen auch mit der Opposition der Schweizerischen Volkspartei wegen der Einhaltung der Neutralität. Nach Ansicht der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) müsse die Schweiz aufhören, indirekt an den internationalen Konflikten durch die Ausfuhr von Waffen oder Kriegsmaterial teilzunehmen.

Zum Beispiel wurden 40 M-109 Panzer, die 2004 an die Vereinigten Arabischen Emirate verkauft worden waren, an Marokko weiterverkauft, ohne dass dies der Schweiz zuvor angekündigt wurde, wohingegen das Gesetz die Bedeutung, das Endbestimmungsland der Waffen zu kennen, betont²⁶. Das Projekt zum Verkauf von M-113 Panzern an die Vereinigten Arabischen Emirate in Höhe von 12 Millionen Franken wurde im August 2005 suspendiert und Garantien zur Verwendung der Fahrzeuge gefordert, auch wenn der Bund zunächst (im Juni) zugegeben hatte, dass die Vereinigten Arabischen Emirate diese Panzer für Transporte der irakischen Polizei liefern könnten. Im Oktober 2005 kündigten die Arabischen Emirate schliesslich an, dass sie auf den Verkauf dieser Panzerfahrzeuge verzichteten²⁷. Ein weiteres hängiges Projekt betrifft den Verkauf von 736 M-113 Panzern an Pakistan. Die Schweiz verlangte die Zusicherung, dass diese Fahrzeuge effektiv im Rahmen friedenserhaltender Missionen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eingesetzt würden. Andere laufende Anträge betreffen die Erteilung einer Lizenz an Indien für den Bau eines Flugabwehrsystems (Vertrag von 300 Millionen Franken) sowie die Wartung südkoreanischer Raketen (2,5 Millionen Franken). Der Verkauf von 93 Leopard II Panzern an Chile wurde im November 2005 annulliert²⁸. 2005 wurde von Bundesrat Joseph Deiss eine interdepartementale Gruppe (Auswärtige Angelegenheiten, Wirtschaft, Verteidigung, Justiz und Polizei) eingesetzt, um erforderliche Änderungen der Ausfuhrgesuchsverfahren zu prüfen.

Betreffend das überzählige Material der Schweizer Armee, das infolge der Armeereform XXI nicht mehr benötigt wird, hat das VBS 2005 auch beschlossen, der DEZA kostenlos Material zur Weiterverwendung im Rahmen humanitärer Einsätze zu überlassen. Das Material umfasst Sanitätsausrüstungen, Textilien, verschiedene Geräte, Fahrzeuge, Kochmaterial. „Ausgenommen sind Rüstungsgüter“²⁹.

5.5.3. Militärische Zusammenarbeit mit Israel

²⁸ „Armes usagées : les vendre coûte trop cher“, *Le Temps*, 21. November 2005. In diesem Fall hat das VBS sein Angebot zurückgezogen, weil das chilenische Projekt Dienstleistungen umfasste, welche die Schweiz mehrere Jahre lang hätte erbringen müssen.

²⁹ DEZA, „Überzähliges Armeematerial: Die DEZA organisiert die Weiterverwendung für humanitäre Zwecke“, Aktueller Artikel, 15. September 2005.

³⁰ „La coopération militaire de la Suisse avec Israël va reprendre“, *Le Courrier*, 17. März 2005.

³¹ Gesellschaft für bedrohte Völker, „Rüstungsprogramm 2005 : Petition eingereicht“, Newsletter Nr. 242, 29. September 2005.

³² Othmar Wyss, Rebekka Wullimann, „Exportkontrollen von Dual-Use-Gütern“, *Die Volkswirtschaft*, November 2005, S. 16-19.

³³ Die Schweiz exportiert beispielsweise folgende Dual-Use-Güter: Werkzeugmaschinen, Bioreaktoren, Fermenter oder korrosionsfeste Installationsteile (Pumpen oder Ventile), Simulatoren.

Eine weitere neue Erscheinung ist die Frage der Einfuhr von militärischem Material aus Konfliktgebieten³⁰. Rund zehn schweizerische NRO haben sich an den Bundesrat gewandt, um gegen Käufe von Militärmaterial aus Israel durch die Schweizer Armee im Rahmen des Rüstungsprogramms 2005 zu protestieren. Eine Petition, in der ein Moratorium im Rüstungsbereich mit den Ländern des Nahen Ostens gefordert wird, wurde im September 2005 mit 24.000 Unterschriften und 45 Unterzeichnerorganisationen eingereicht³¹. Gemäss den Organisationen gefährdet eine militärische Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region die Glaubwürdigkeit und die Kohärenz der schweizerischen Aussenpolitik.

5.5.4. Dual-Use-Güter (zu zivilen und militärischen Zwecken)

Die Kriegsmaterialverordnung und das Gesetz über die Kontrolle von Dual-Use-Gütern (zu zivilen und militärischen Verwendungszwecken) sind die Rechtsgrundlagen für die Kontrolle der Ausfuhren sensibler Güter. Die Exporte dieser Güter sind einer Genehmigung unterworfen, die diesbezüglichen Exportbewilligungen werden vom *seco* erteilt.

Auch wenn die Schweiz im weltweiten Waffenhandel keine bedeutende Rolle spielt, so ist sie doch – mit Exporten von 3 bis 4 Milliarden Franken – das vierte Ausfuhrland von Dual-Use-Gütern, nach den Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland³². Es handelt sich in diesem Fall um Güter, die für die zivile Industrie bestimmt sind, aber auch zur Herstellung von chemischen, biologischen oder Kernwaffen bzw. für die Trägersysteme solcher Waffen verwendet werden könnten³³. Besonders riskante Ausfuhren betreffen Staaten, die den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet haben (Indien, Pakistan und Israel), oder die – wie Nordkorea – ihren Beitritt zu diesem Vertrag gekündigt haben. Risikoreiche Exporte betreffen auch Staaten, die das Übereinkommen der Vereinten Nationen über chemische Waffen nicht unterzeichnet haben (Syrien, Ägypten, Israel und Nordkorea) sowie die Länder, die – wie der Iran – ihre Meldeverpflichtungen an die Internationale Atomenergieagentur nicht einhalten. Im Jahr 2004 wurden neun Ausfuhranträge für kontrollpflichtige Güter im Wert von 2,1 Millionen Franken abgelehnt.

5.6. Embargomassnahmen

Das Bundesgesetz über die Durchführung internationaler Sanktionen (Embargogesetz) bildet die Rechtsgrundlage, auf die sich der Bund zur Verhängung von Sanktionen stützen kann³⁴. Als Mitglied der Vereinten Nationen seit dem Jahr 2002 ist die Schweiz verpflichtet, das vom Sicherheitsrat der UNO verabschiedete Sanktionsregime umzusetzen. Die Schweiz hatte diese Sanktionen aber bereits seit 1990 *de facto* angewandt. Selbst wenn keine rechtliche Verpflichtung besteht, hat der Bundesrat von sich aus auch Sanktionen der Europäischen Union in schweizerisches Recht übernommen. Dies geschah, um zu vermeiden,

³⁴ Bundesgesetz über die Durchführung internationaler Sanktionen (Embargogesetz, EmbG) vom 22. März 2002 (SR 2002 3673).

³⁵ Siehe Roland E. Vock, „UNO-Sanktionen: Umsetzung in der Schweiz“, *Die Volkswirtschaft*, November 2005, S. 20-22.

³⁶ *seco*, Website *Smart Sanctions*: <www.smartsanctions.ch>.

dass von Sanktionen betroffene Personen die Schweiz zur Umgehung der Massnahmen der Europäischen Union nutzen.

Die Palette möglicher Sanktionen wird von Fall zu Fall angepasst. Die verhängten Sanktionen umfassen häufig ein Embargo auf Kriegsmaterialausfuhren, Beschränkungen beim Austausch bestimmter Güter und Dienstleistungen, Finanzsanktionen (Sperrung von Vermögenswerten), ein Reiseverbot in der Schweiz für bestimmte Personen, Restriktionen des Luftverkehrs, Beschränkungen des wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Austausches³⁵. Die Schweiz hat 2005 neue wirtschaftliche Embargomassnahmen gegenüber der Elfenbeinküste, dem Sudan und der Demokratischen Republik Kongo durchgeführt, mit einem Rüstungsgüterembargo, dem Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen bestimmter natürlicher Personen und einem Einreiseverbot in die Schweiz. Die Massnahmen gegenüber Liberia umfassen Finanzsanktionen gegenüber dem ehemaligen Regime von Charles Taylor.

Die Wirksamkeit der Sanktionen wird zuweilen angezweifelt, und ihre Auswirkungen können in einigen Fällen für die Zivilbevölkerung dramatisch sein, wie auch für an einem Konflikt nicht beteiligte Drittstaaten (wie beispielsweise im Fall des Iraks in den 90er Jahren). Einige Sanktionen hätten auch die unbeabsichtigte Wirkung, die anvisierten Eliten eher in ihrer Position zu stärken, als sie zu schwächen und in Frage zu stellen. Die Schweiz spielte eine wichtige Rolle bei den Reflexionen zur Errichtung besser gezielter Sanktionen, um insbesondere die negativen Auswirkungen bestimmter Sanktionen, mit dem Prozess betreffend *Smart Sanctions* oder „gezielte Sanktionen“³⁶, auf ein Minimum zu beschränken.

Tabelle 12: Verordnungen über derzeit in der Schweiz geltende Sanktionen

Zielland oder Zielgruppe	Datum der Verordnungen
Umsetzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates	
Irak	7. August 1990 und 18. Mai 2004
Sierra Leone	8. Dezember 1997, 2005 verlängert
Usama Bin Laden, Gruppierung Al-Qaïda, Taliban	2. Oktober 2000
Liberia	19. Januar 2005
Elfenbeinküste	19. Januar 2005
Sudan	25. Mai 2005
Demokratische Republik Kongo	22. Juni 2005
Sanktionen aufgrund eines Beschlusses der Europäischen Union	
Ex-Jugoslawien	23. Juni 1999
Myanmar (Birma)	2. Oktober 2000
Simbabwe	19. März 2002

Quelle: Überarbeitete Daten und Links auf der Website des seco unter: <www.seco-admin.ch> >Aussenwirtschaftspolitik >Sanktionen/Embargos.

5.6.1. UN-Programm „Oil for Food“

Der Bericht der Unabhängigen Untersuchungskommission (*Independent Inquiry*

³⁷ seco, „Schlussbericht des Independent Inquiry Committees (IIC) zum ‚Oil-for-Food-Programm‘: Unterstützung der Schweiz für die Untersuchung“, Medienmitteilung, 27. Oktober 2005. Eidgenössische Bankenkommission, *Bericht über die Tätigkeiten der Banken mit Sitz in der Schweiz im Rahmen des Programms „Oil-for-Food“ der Vereinten Nationen (EBK-Bericht „Oil-for-Food“)*.

Committee, IIC), die mit der Überprüfung der Korruptionsfälle im Rahmen des Programms der Vereinten Nationen „Oil for Food“ beauftragt war, wurde im Herbst 2005 veröffentlicht. Mehrere in der Schweiz niedergelassene Finanzgesellschaften werden in diesem Bericht in Frage gestellt, und die Bundesanwaltschaft hat gegen vier Personen oder Unternehmen Strafverfahren eröffnet³⁷. Unter dem Embargo konnte der Irak Erdöl ausführen, um Einfuhren lebenswichtiger Güter zu finanzieren. Zahlreiche Unternehmen haben Bestechungsgelder an das Regime von Saddam Hussein im Rahmen dieser Erdölexporte gezahlt, die von 1996 bis 2003 einen Wert von 64 Milliarden Dollar erreichten. Die Schweiz war der drittgrösste Abnehmer, nach Russland und Frankreich. Etwa die Hälfte der Erdölverkäufe soll durch Banken mit Sitz in der Schweiz finanziert worden sein.

QUELLEN

- Bundesrat, *Botschaft über die Finanzierung der Exportförderung für die Jahre 2006 und 2007*, vom 23. Februar 2005 (BBl 2005 2381).
- Bundesrat, *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2004 sowie Botschaften zu Wirtschaftsvereinbarungen*, vom 12. Januar 2005 (BBl 2005 1089).
- Bundesrat, *Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2005 sowie Botschaft zu Wirtschaftsvereinbarungen und zum Bundesgesetz über die Neuordnung der Berichterstattung auf dem Gebiet der Aussenwirtschaftspolitik*, vom 11. Januar 2006 (BBl 2006 1665). Der Bericht ist unter <www.seco.admin.ch/imperia/md/content/news/medienmitteilungen/awb_2005_d.pdf> erhältlich.
- Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), *Die Volkswirtschaft*, Das Magazin für Wirtschaftspolitik (mit regelmässig erscheinenden Artikeln im Bereich der Aussenwirtschaftspolitik), <www.DieVolkswirtschaft.ch>.
- Klöti U., Hirschi C., Serdült U., Widmer T., *Verkannte Aussenpolitik. Entscheidungsprozesse in der Schweiz*, Reihe Politikanalyse, Band 4, Zürich, Chur, Verlag Rüegger.
- Senti R., Ziegler A.R. (Hg.), *Die Schweiz und die internationalen Wirtschaftsorganisationen*, Zürich, Schulthess-Verlag, 2005, 152 S.

INTERNET-ADRESSEN

- Exportrisikogarantie: <www.swiss-erg.com>
- Staatssekretariat für Wirtschaft (seco): <www.seco-admin.ch>